

[illegible]

„Europa braucht Wachstum, Investitionen zur Unterstützung von KMU, Bildung, Forschung, Innovation, eine digitale Infrastruktur, Energie und Verkehr. Es ist nunmehr die Aufgabe der Regionen und Städte, die Bemühungen um Investitionen zu verstärken, die vom EU-Haushalt kofinanziert werden.“

Danuta Hübner

(PL) Vorsitzende bei den Verhandlungen für die neue Kohäsionspolitik



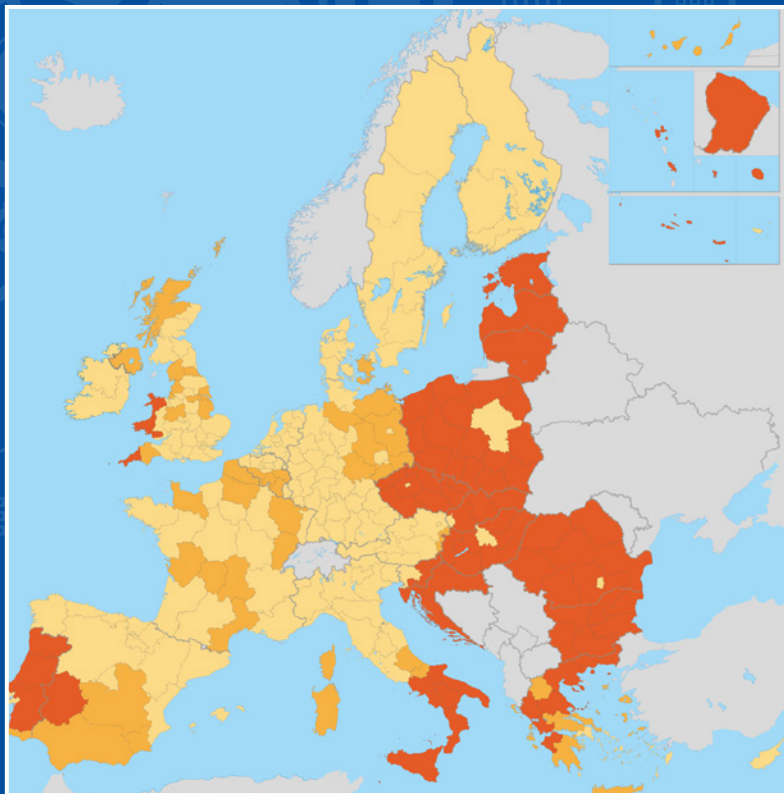
Was bedeutet Regionalpolitik und wie wirkt sie sich konkret aus?

Europa ist ein Mosaik aus Ländern und Regionen mit einer unterschiedlichen geographischen, industriellen, landwirtschaftlichen und sozialen Struktur. Die Regionalpolitik der EU ist die Triebkraft für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie das Band, durch das Europa zusammengehalten wird. Sie zielt darauf ab, die nach wie vor bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede zwischen den europäischen Regionen abzubauen. Darin werden sowohl europaweite Investitionen als auch europäische Solidarität in ihrer konkretesten Form veranschaulicht.

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) war stets ein konsequenter Verfechter einer EU-Regionalpolitik, durch die das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit in allen EU-Regionen angekurbelt werden. Für uns ist es entscheidend, dass die EU-Fonds im Bereich der Regionalpolitik dort gebündelt werden, wo sie am meisten bewirken können – bei den Bürgern, den Unternehmen und in den Regionen. Konkret heißt das, dass Projekte im Zusammenhang mit dem Bau neuer Straßen, dem Breitband-Internet und der Berufsbildung unterstützt werden.

Die EVP-Fraktion hat bei der Verabschiedung der neuen EU-Regionalpolitik, für die ein Haushalt von über 350 Mrd. EUR veranschlagt wurde und die von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahr 2020 läuft, eine wichtige Rolle gespielt.

Förderfähigkeit im Rahmen der Strukturfonds (EFRE und ESF) 2014 - 2020



- Kategorie
- weniger entwickelte Regionen (BIP/pro Kopf < 75 % des EU-27 Durchschnitt)
 - Übergangsregionen (BIP/pro Kopf zwischen 75 % und 90 % des EU-27 Durchschnitt)
 - stärker entwickelte Regionen (BIP/pro Kopf ≥ 90 % des EU-27 Durchschnitt)

Dieser neue Rahmen der EU-Regionalpolitik wird über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) finanziert und umfasst:

- **den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE), der darauf abzielt, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch gezielte Investitionen zu erhöhen;
- **den Europäischen Sozialfonds** (ESF), durch den Investitionen in Menschen vorgenommen werden, wobei ein Schwerpunkt darauf gelegt wird, die Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten EU-weit zu verbessern;
- **den Kohäsionsfonds**, der sich an Mitgliedstaaten richtet, deren Bruttonationaleinkommen (BNE) weniger als 90 % des EU-Durchschnitts beträgt und mit dem wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten verringert werden sollen;

Sie werden durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds ergänzt.

Wir haben kontinuierliche Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass die ESI-Fonds eine unmittelbare und positive Wirkung auf das Leben der EU-Bürger entfalten. Es folgt ein Überblick über die Schwerpunkte, auf die sich die EVP-Fraktion konzentriert, um diese Ziele zu erreichen.

„In Zeiten immenser Staatsverschuldung, geringer Risikobereitschaft und eines drastischen Mangels an öffentlichen Ausgaben werden europäische Mittel die öffentlichen und privaten Investitionen ankurbeln und dazu beitragen, dass sich der Finanzsektor wieder auf seine eigentlichen Kernaufgaben konzentriert: die Bereitstellung von Finanzierungen für langfristige Investitionen zugunsten der KMU, für die Innovation und die Infrastruktur.“

Joachim Zeller

(DE) EP-Berichterstatter zum Europäischen Verbund
für territoriale Zusammenarbeit



1. In wichtige Wachstumsbranchen investieren

Nach Überzeugung der EVP-Fraktion im EP sollten Investitionen auf wichtige Wachstumsbranchen konzentriert werden:

- **Forschung, technologische Entwicklung und Innovation** stellen eine Triebkraft für die Wettbewerbsfähigkeit der EU dar. Innovationsengpässe müssen angegangen werden, und der Forschung und Entwicklung von Unternehmen muss bei der Finanzierung Priorität beigemessen werden;
- **Informations- und Kommunikationstechnologien** sind wesentlich, wenn es darum geht, Innovation und Produktivität zu ermöglichen. Projekten im Zusammenhang mit dem Zugang, der Nutzung und der Qualität von Informations- und Kommunikationstechnologien sollte daher bei der Finanzierung ebenfalls Priorität beigemessen werden;
- **Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)** schaffen zwei Drittel der Arbeitsplätze im Privatsektor; zweifelsohne wird Projekten, an denen KMU beteiligt sind, eine wesentliche Bedeutung zukommen, wenn es darum geht, das Rückgrat der europäischen Wirtschaft zu stärken;
- **den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft** – wenn die Klimaziele der EU, mehr Energieeffizienz und eine Verlagerung hin zu kohlenstoffarmen Energiequellen verwirklicht werden sollen, müssen Investitionen gefördert werden, mit denen sichergestellt wird, dass die Energieeffizienz durch unsere Energieversorgung nicht abnimmt, und intelligente Systeme zur Verteilung, Speicherung und Übertragung von Energie entwickelt werden;
- **effizientere innereuropäische Verbindungen, um Investitionen auf die Verbesserung transeuropäischer Verkehrsnetze, der Breitbandnetze und der digitalen Dienste zu lenken.**

Menschen

„Der Europäische Sozialfonds stellt ein bedeutendes Instrument bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut dar, indem er zu einer besseren beruflichen Eingliederung Jugendlicher sowie der Menschen beiträgt, die längere Zeit nicht am Arbeitsmarkt aktiv waren.“

Élisabeth Morin-Chartier

(FR) EP-Berichterstatterin zum Europäischen Sozialfonds



2. In die Menschen investieren

Nach Ansicht der EVP-Fraktion im EP ist es darüber hinaus von entscheidender Bedeutung, durch Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen und Berufsausbildung in Arbeitsplätze zu investieren, um für die Menschen in allen Regionen der EU echte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

- So müssen etwa junge Arbeitssuchende aber auch ältere Arbeitnehmer die Chance erhalten, diejenigen **Fertigkeiten und Qualifikationen** zu erwerben, die der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entsprechen, darunter die Fähigkeit, mit neuesten umweltfreundlichen Technologien zu arbeiten;
- Die **Bekämpfung sozialer Ausgrenzung** gehört ebenfalls zu unseren Zielen. Die EVP-Fraktion im EP stellt sicher, dass das Geld die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen erreicht und dass genügend Gelder für die Bekämpfung der Armut bereitgestellt werden;
- Durch eine Aufstockung der Mittel für die **territoriale Zusammenarbeit** zwischen den Grenzregionen zwecks besserer Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen können die Chancen von 200 Millionen europäischen Bürgern in Grenzregionen auf einfache Art und Weise verbessert werden.



Beispiel: Gesundheitsdienste in Katalonien (ES)

Als Reaktion auf den Bedarf an hochwertigen allgemeinmedizinischen Versorgungseinrichtungen und die Bedürfnisse der Stadtentwicklung wurde in Nordkatalonien – unter anderem auf Initiative örtlicher und regionaler Vertreter der EVP – das allererste grenzüberschreitend tätige Krankenhaus errichtet. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung hat 18,6 Mio. EUR oder 60 % der Gesamtkosten des zukunftsweisenden Projekts bereitgestellt, bei dem es sich um das erste Gesundheitszentrum in Europa handelt, in dem die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze versorgt wird. Das Krankenhaus ist sowohl für die katalanische als auch für die französische Seite der Regionen Cerdanya und Capcir zuständig.

„Die Politik wird sich noch mehr als bislang auf Innovation konzentrieren. Dies wird die Tür zu mehr Entwicklungen und Erfindungen öffnen, die das Siegel „Made in Europe“ tragen. Wir sind optimistisch, darauf hinwirken zu können, dass unsere Wirtschaft zu erneuter Prosperität gelangt. Durch diese Mittel werden auch in diesen wirtschaftlichen Krisenzeiten umfangreiche Investitionen gewährleistet.“

Lambert Van Nistelrooij

(NL) EP-Berichterstatler zu den gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds



Stadt und Region

3. Investitionen in Ihrer Stadt und Ihrer Region, um in den Bereichen, in denen sie am besten aufgestellt sind, eine weltweite Spitzenposition einzunehmen

Um eine optimale Wirkung zu erzielen, werden Regionen dazu angehalten, Investitionen auf die Sektoren zu konzentrieren, in denen sie sich auszeichnen. Diese „Strategie für eine intelligente Spezialisierung“ bedeutet, dass Regionen nahegelegt wird, Ressourcen auf eine begrenzte Anzahl von Schwerpunkten des intelligenten Wachstums zu konzentrieren, in denen sie Wettbewerbsstärke aufweisen. **Mit einer intelligenten Spezialisierung wird das Ziel verfolgt, Innovationen anzustoßen und aus der jeweils vor Ort herrschenden Aktivitätsdynamik Nutzen zu ziehen.** Durch Investitionen der EU kann dazu beigetragen werden, dass sich eine Region bei einem spezifischen Produkt, einer spezifischen Dienstleistung oder Industrie profiliert und dass weitere (private) Investitionen angezogen werden.

**Beispiel:
Telezentrum-
Projekt in
Antwerpen (BE)**

Das Telezentrum-Projekt wurde in Antwerpen in die Wege geleitet, um im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union sowohl das Wirtschaftswachstum als auch die soziale Inklusion zu fördern. In dem Projekt wird über 160 Personen (darunter zahlreichen Menschen aus ausgegrenzten sozialen Gruppen) aus zehn verschiedenen Ländern, die 14 verschiedene Sprachen sprechen, eine Beschäftigung geboten. Das Ziel bestand darin, das Projekt in ein rentables Unternehmen umzuwandeln, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wiederaufschwung der Region zu fördern. Der Beitrag der EU zu diesem Projekt belief sich auf 325 000 EUR; es wurde zudem von der EVP-geführten flämischen Regierung und privaten Unternehmen unterstützt, sodass eine Gesamtinvestition von beinahe 2,3 Mio. EUR getätigt wurde. Das Wachstum dieses Unternehmens hat dazu geführt, dass verschiedene Unterstützungsdienste für Unternehmen, etwa ein Zeitarbeitsunternehmen, ein Restaurant und ein kleiner Supermarkt, sich in unmittelbarer Nähe des Telezentrums niedergelassen haben, was wiederum zu einer wirtschaftlichen Belebung der Nachbarschaft beiträgt.

182 Mrd. EUR für weniger entwickelte Regionen

BIP < 75 % des EU-27-Durchschnitts

27 % der EU-Bev.

35 Mrd. EUR für Übergangsregionen

BIP 75-90 % des EU-27-Durchschnitts

12 % der EU-Bev.

54 Mrd. EUR für stärker entwickelte Regionen

BIP > 90 % des EU-27-Durchschnitts

61 % der EU-Bev.

Solidarität



4. Mehr Solidarität für eine ausgewogene Entwicklung in der EU

Der EU-Haushalt ist das greifbarste Instrument, das zur Verfügung steht, um **Innovation und neue Infrastrukturprojekte** in unseren Regionen zu unterstützen.

- Alle 273 europäischen Regionen erhalten – je nach ihrem Entwicklungsstand – eine Finanzierung.
 - weniger entwickelte Regionen, mit einem BIP pro Kopf unter 75 % des EU-Durchschnitts;
 - Übergangsregionen, mit einem BIP pro Kopf zwischen 75 % und 90 % des EU-Durchschnitts;
 - höher entwickelte Regionen, mit einem BIP pro Kopf von über 90 % des EU-Durchschnitts.
- In manchen Regionen ist der EU-Haushalt die einzige Möglichkeit für öffentliche Investitionen, da es auf nationaler Ebene infolge der Krise an Ressourcen mangelt. Stärkere Unterstützung wird den Regionen angeboten, deren Bedarf am größten ist.
- Die EU-Projekte werden kofinanziert, in der Regel zwischen der Europäischen Union und öffentlichen und/oder privaten Partnern.

Beispiel: Vernetzung in Oberschlesien (PL)

Durch die Kohäsionspolitik wird die lebenswichtige Infrastruktur an den Kreuzungen zwischen verschiedenen europäischen Regionen vervollkommen. Durch eine neu errichtete, etwa 5,6 km lange regionale Straße zwischen zwei Städten in Oberschlesien, Südpolen, werden die transeuropäischen Korridore (Ostsee-Adria und Dresden-Kiew) miteinander verbunden. Es handelt sich um die Quintessenz eines auf Betreiben von nationalen und regionalen EVP-geleiteten Stellen durchgeführten mehrjährigen Investitionsvorhabens, das von der EU in Höhe von 102,7 Mio. EUR bei einem Gesamtkostenstand von 174,5 Mio. EUR kofinanziert wird. Es wird erwartet, dass während der Umsetzungsphase des Projekts beinahe 1800 Arbeitsplätze geschaffen werden.



Partnerschaften

„Im Rahmen dieser Rechtsvorschriften ist mehr Geld für Investitionen in der EU vorgesehen. Gezielte Investitionen stellen eine Neuerung dar, ebenso wie der innovative Ansatz bei der Entwicklung der Städte. Mit der heutigen Abstimmung wird den europäischen Regionen ein flexibler Investitionsfonds angeboten, der ihnen den bestmöglichen Einsatz der EU-Mittel ermöglicht.“

Jan Olbrycht

(PL) EP-Berichterstatler zum Europäischen
Fonds für regionale Entwicklung



5. Schaffung von Partnerschaften mit den Regionen

Im Rahmen der neuen Regionalpolitik wird örtlichen und regionalen Stellen ein größeres Mitspracherecht bei der Nutzung von EU-Regionalfördermitteln eingeräumt. Die Durchführungsverfahren wurden dergestalt konzipiert, dass ein sorgfältigerer Einsatz von Steuergeldern gewährleistet werden kann.

- Im Rahmen der reformierten Kohäsionspolitik wird **ein besonderes Augenmerk auf Partnerschaft** gelegt: Partner (lokale und regionale Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartner, Vertreter der Zivilgesellschaft) sind sowohl bei der Gestaltung als auch bei der Umsetzung von Maßnahmen aktiv in den Prozess eingebunden.
- Es werden **transparente und messbare Ziele in Bezug auf Rechenschaftspflicht und Ergebnisse** festgelegt, wodurch eine engmaschige Kontrolle der Finanzierung und die Überwachung der Kosteneffizienz bei der Bereitstellung von EU-Finanzmitteln ermöglicht werden.
- Die **Koordinierung mit anderen EU-Fonds**, etwa Horizont 2020 (Forschung und Entwicklung), Erasmus für alle (Bildung), LIFE (das Instrument zur Förderung von Umwelt- und Naturschutzprojekten) u.a., wird gestärkt werden.



Follow us



- Herausgeber: Das Publikationsteam
Dienststelle Presse und Kommunikation
Fraktion der Europäischen Volkspartei
(Christdemokraten) im Europäischen Parlament
- Redaktion: Pedro López de Pablo
- Verantwortlich: Adriaan Bastiaansen, Pawel Kaleta, Madalina Stoian
- Koordination: Marilena Deriu (Revision: Daniela Bührig)
- Adresse: Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
- Veröffentlichung: Juli 2014
- Internet: <http://www.eppgroup.eu/de>
- Email: epp-publications@ep.europa.eu
- Urheberrecht: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament